Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Rm. monatlich, einschließlich 0,25 Rm. Botenlohn. Durch die Post 2,20 Rm. einschl. 0,38 Rm. Postgebühren, zuzüglich 0,42 Rm. Bestellgeld 2,52 Rm. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 0,10 Rm. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 0,80 Rm. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3247. Annahmestelle für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Gneisenaustraße 35 H. Querbach), Potsdamstraße 3 (W. Hoves).

Nummer 194 | Freitag, den 16. Juli 1937 | Jahrgang 1937

Die deutsche Minderheit in Ungarn.

Bedeutsame Ausführungen des ungarischen Innenministers und eine deutsche Erklärung. — Die freie geistige Entfaltung des deutschen Volkstums.

Der ungarische Standpunkt.

DNB **Budapest**, 15. Juli.

Minister des Inneren von Szell gab einem Vertreter des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbüros die folgenden Erklärungen ab:

„Ich möchte mich über die brennendste, daher also die ernsteste Frage des durch die Friedensverträge geschaffenen Mitteleuropas, über das Minderheitsproblem und zwar im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern über dessen Beziehungen auf Ungarn äußern.

Es ist bekannt, daß diese Frage für Ungarn in doppelter Hinsicht von Interesse ist, einmal vom Gesichtspunkt der mehrere Millionen Seelen betragenden anderen Ländern angegliederten ungarischen Minderheiten, zum anderen vom Gesichtspunkt der auf dem verbleibenden Landesteil lebenden ungarischen Staatsangehörigen nicht ungarischer Muttersprache.

Die ungarische Regierung ist stets bestrebt gewesen, ihren auf strenger völkerrechtlicher Grundlage beruhenden Standpunkt in Bezug auf die im Ausland lebenden ungarischen Minderheiten allen in Betracht kommenden Instanzen unter Zuhilfenahme legaler Mittel bekanntzugeben und ihm nach Möglichkeit Geltung zu verschaffen. Wir wünschten niemals anderes, als das, was sich die einschlägigen Verträge als Ziel gesetzt haben, nämlich

daß unsere Minderheiten, im Besitze ihrer vollkommenen politischen Freiheit, ihre geistige und wirtschaftliche Kultur entwickeln und somit weiterhin bestehen können.

Wenn auch diese Bestrebungen der jeweiligen ungarischen Regierungen nur selten von Erfolg gekrönt worden sind, so sind daran keine eigenen Unterlassungen schuld. Die aktuelle politische Kraftverteilung, die Organisation und die heutige Einstellung des Völkerbundes, denen gegenüber sich das Recht und die politische Zweckmäßigkeit nicht durchsetzen konnten, habe diesen sehr bedauerlichen Umstand geschaffen, der gewiß nicht zum Frieden beigetragen, sondern im Gegenteil sogar die Verbreitung des Geistes der Versöhnung verhindert hat.

Die logische Folge dieser unserer Auffassung ist das Verhalten der ungarischen Regierung gegenüber den innerhalb der heutigen Landesgrenzen lebenden Staatsangehörigen nichtungarischer Sprache.

Unter diesen steht an erster Stelle, als die zahlenmäßig größte, die ungarländische deutsche Minderheit, die ihre unverbrüchliche Verbundenheit nicht nur mit dem ungarischen Staat, sondern auch mit der ungarischen Nation, wie stets in der Vergangenheit, so gewiß auch in der Zukunft bewahren wird.

Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Vergangenheit muß ich feststellen, daß auch die deutsche Minderheit in Ungarn nicht zu den autochthonen, ursprünglichen Einwohnern des ungarischen Bodens gehört. Unsere deutschen Landsleute sind als herbeigerufene Siedler nach Ungarn gekommen zur Auffüllung der damals gelichteten Reihen des Ungartums, das in der Verteidigung Europas, im Kampfe gegen den das Christentum bestürmenden Islam große Verluste erlitten hat. Diese deutschen Siedler lebten mit uns stets in brüderlichem Einvernehmen. Seitens des herrschenden Volkes konnten keine Bestrebungen zur Verschmelzung („Entdeutschung") wahrgenommen werden. Wo sie zu Ungarn geworden sind, geschah dies automatisch im Wege der natürlichen gesellschaftlichen Absorption. Sie sind aber Deutsche geblieben dort, wo sie in Massen lebten. In der unmittelbaren Nähe der ungarischen Hauptstadt gibt es noch heute deutschsprachige Gemeinden. Diese konnten zwei Jahrhunderte hindurch unbehelligt leben und sich in ihrer deutschen Kultur entwickeln. Wenn diese nicht so gewesen wäre, gäbe es heute keine deutschen Minderheiten mehr in Ungarn.

Hinsichtlich der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte und auf wirtschaftlichem Gebiet wurde jede Minderheit, in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart auf gleiche Weise behandelt wie die ungarische Mehrheit. In dieser Beziehung sind auch niemals Beschwerden laut geworden.

Der allgemeine Leitsatz unserer Minderheitenpolitik ist, daß Ungarn seine deutsch- oder anderssprachigen Staatsangehörigen wenigstens so gut behandeln will, wie dies ungarischerseits von jenen Staaten erwartet wird, auf deren Gebiet Minderheiten ungarischer Muttersprache leben. Unsere einschlägigen Rechtsbestimmungen stehen mit dieser Zielsetzung in vollkommenem Einklang.

Hieraus ergibt sich, daß Ungarn keine neuerlichen grundlegenden Verfügungen auf dem Gebiet des Minderheitswesens zu treffen hat. Es ist nur notwendig, daß die bisher erlassenen Bestimmungen im praktischen Leben restlos verwirklicht werden, und dies ist auch der vorbehaltlose, feste Vorsatz der ungarischen Regierung.

Falls diesen Absichten der Regierung entgegengesetzte unverantwortliche Bestrebungen auftauchen sollten, ist die Regierung entschlossen, von ihrer Autorität in jedem Falle Gebrauch zu machen, wenn die Durchführung der grundlegenden Leitsätze des Staates in der Minderheitsfrage gefährdet erscheinen.

Dieser Vorsatz bezieht sich vor allem auf die Schulfrage, auf die Freiheit der Bildung kultureller und religiöser Vereine, sowie auch darauf, daß die Regierung keine Bestrebungen zur Geltung kommen läßt, die gegen die Freiheit der kulturellen Betätigung und des Sprachgebrauchs der deutsch- und anderssprachigen Minderheit gerichtet werden, wie ich dies in einer Weise, die jeden Zweifel ausschließt, wiederholt erklärt habe."

Eine Erklärung des Stellvertreters des Führers.

Befriedigung und Beruhigung über die Ausführungen des ungarischen Innenministers.

DNB **Berlin**, 16. Juli.

Zu den Ausführungen des ungarischen Innenministers über Ungarns Einstellung zu der Minderheitenfrage gab der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, folgende Erklärung ab.,

„Die Erklärungen, die Minister von Szell in der ungarischen Presse über den Standpunkt seiner Regierung in der Volksgruppenfrage abgegeben hat, sind in der deutschen Oeffentlichkeit mit Befriedigung aufgenommen worden. Wenn er sich zu dem Wunsche bekennt, daß die ungarischen Volksgruppen, die inmitten fremder Staaten leben, „im Besitze ihrer vollkommenen politischen Freiheit ihre geistige und wirtschaftliche Kultur entwickeln und somit weiterhin bestehen können", so deckt sich diese gerechte Forderung durchaus mit unserer Auffassung hinsichtlich der deutschen Volksgruppe in Ungarn. Eine große Beruhigung enthalten für uns die Worte Herrn von Szells, mit denen er den festen Vorsatz der ungarischen Regierung ankündigte, hinsichtlich der deutschen Volksgruppe „die bisher erlassenen Bestimmungen im praktischen Leben restlos zu verwirklichen". Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die die freie geistige Entfaltung des deutschen Volkstums in Ungarn gewährleisten sollen.

Wenn Herr von Szell darauf hinweist, daß er seine Erklärung im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern abgegeben hat und daß die ungarische Regierung entschlossen ist, von ihrer Autorität in jedem Falle Gebrauch zu machen, wenn die Durchführung der grundlegenden Leitsätze des Staates in der Minderheitsfrage gefährdet erscheinen, so stellen wir dies mit aufrichtiger Genugtuung fest.

Wir können daher auch das Vertrauen haben, daß die deutsche Volksgruppe in Ungarn neben der politischen Freiheit und wirtschaftlichen Gleichstellung auch die Möglichkeit zu einer ungehemmten kulturellen Entwicklung haben wird.

Angesichts der Jahrhunderte alten Freundschaft zwischen dem deutschen und ungarischen Volk ist es — das möchte ich ausdrücklich erklären — unser Wunsch und unsere Hoffnung, daß die ungarländische deutsche Volksgruppe wie bisher so auch in Zukunft in Treue dem ungarischen Staat dienen und dadurch auch weiterhin eine Brücke zwischen beiden Völkern darstellen wird."

Der Widerhall des Kompromißvorschlages.

London: „Eine letzte Chance".

DNB **London**, 15. Juli.

Die Londoner Morgenblätter bezeichnen in ihren Kommentaren den englischen Kompromißvorschlag zur Ueberwindung der Nichteinmischungskrise überwiegend als einen Kompromißvorschlag, der allen Teilen gerecht zu werden versuche. Der Leitartikel der „Times" hebt das Für und Wider des englischen Vorschlages für die einzelnen Parteien hervor und kommt zu dem Schluß, es könne sich jetzt nur darum handeln, eine letzte Chance wahrzunehmen und wirksam zu machen. „Daily Telegraph" vertritt die Ansicht, daß der neue britische Plan auf alle Fälle den spanischen Konflikt innerhalb der Landesgrenzen halten werde. Der Nichteinmischungsausschuß werde sicherlich die britischerseits vorgeschlagenen Abänderungen reichlich erwägen, doch werde man mit einer gewissen Geduldzeit rechnen müssen. England habe den „rettenden Plan" mit großer Schnelligkeit ausgearbeitet, und seine Zurückweisung als Ganzes würde Europa in die gleiche Lage zurückwerfen, in der es sich vor elf Monaten befunden habe.

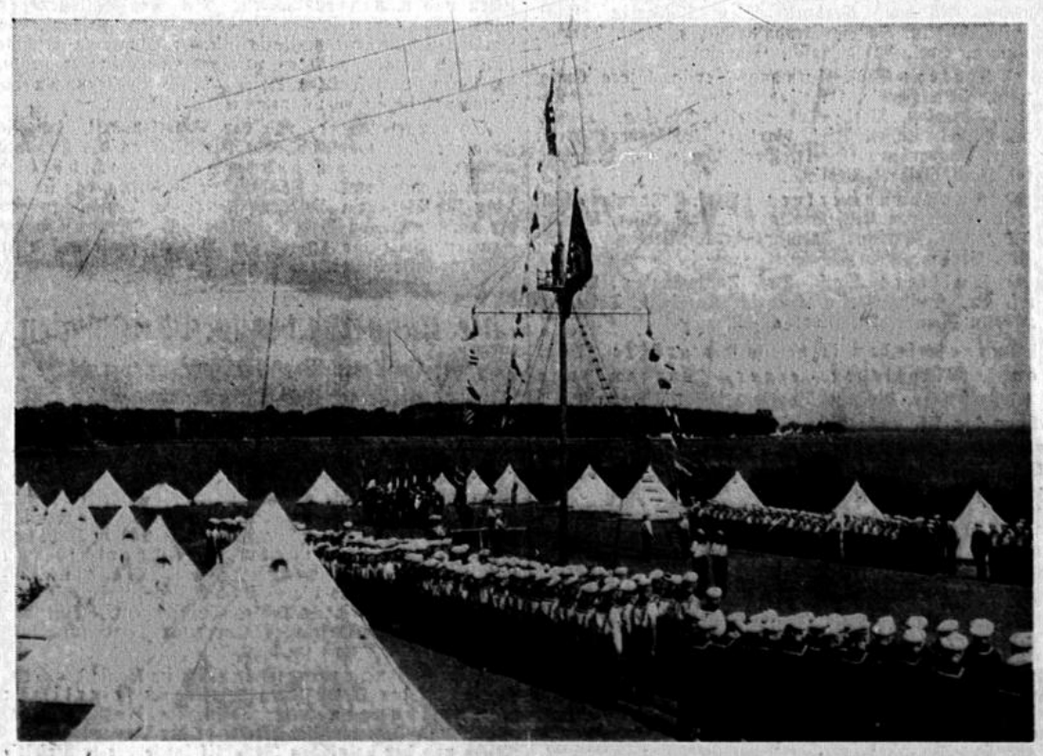
Nach Ansicht des diplomatischen Korrespondenten der „Morning Post" werden die beiden Parteien in Spanien den Vorschlag der Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen ablehnen; auch werde der Plan wahrscheinlich in England und Frankreich aus innerpolitischen Gründen auf Widerstand stoßen. Das führende Organ der Opposition, der „Daily Herald", macht mit allen Mitteln gegen die englischen Vorschläge Stimmung. Der diplomatische Korrespondent des Blattes meint, daß die Aussicht auf Annahme des Planes sehr gering sei.

Zurückhaltung in Paris.

(!) **Paris**, 15. Juli.

Die Ueberreichung des Londoner Kompromißvorschlages und das Bekanntwerden seines Inhaltes veranlaßt die Pariser Morgenpresse von Donnerstag zu eingehenden Stellungnahmen, die allgemein von einer gewissen Zurückhaltung diktiert sind. Vielfach kommt die Tendenz zum Ausdruck, daß der britische Vorschlag als Kompromiß kaum dazu geeignet sei, alle interessierten Lager zufrieden zu stellen, sondern im Gegenteil eine allgemeine Unzufriedenheit heraufzubeschwören. Als einziges Blatt begrüßt der „Figaro" die britischen Vorschläge restlos.

In politischen Kreisen, die ebenfalls starke Zurückhaltung zeigen, weist man darauf hin, daß die Aufgabe der Regierung nicht leicht sein werde; besonders die Ansprache des marxistischen Gewerkschaftssekretärs Jouhaux anläßlich des Nationalfeiertages auf dem Platz der Nation am Mittwoch nachmittag und die einstimmige Entschließung der Sozialdemokraten, die Valencia-Bolschewisten als der „einzigen legalen Regierung" Spaniens volle Unterstützung und Anerkennung der internationalen Rechte zu gewähren, machten hier eine Entscheidung für das Kabinett nicht leicht.



Lager der Marine-HJ an der Lübecker Bucht.
Ein Sommerlager der Marine-HJ wurde bei Neustadt an der Lübecker Bucht eröffnet. (Scherl.)

Eine Diskussionsgrundlage.

Von unserer Berliner Schriftleitung.

○ **Berlin**, 15. Juli.

Die britische Regierung hat schnelle Arbeit geleistet. Am vorigen Freitag war ihr vom Londoner Nichteinmischungsausschuß entsprechend einem Antrag des niederländischen Vertreters die Bitte unterbreitet worden, einen Ausweg aus den im Ausschuß aufgetretenen Schwierigkeiten zu suchen. Sie hat die Bitte als einen Auftrag aufgefaßt und hat sich ihm zweifellos mit dem besten Willen, einem allgemeinen Ausgleich zu dienen, unterzogen. Sie wird sich dabei von vornherein bewußt gewesen sein, daß es keine leichte Aufgabe war, die man ihr gestellt hatte.

Am vergangenen Freitag hatten sich die englisch-französische und die deutsch-italienische Auffassung darüber, was nach dem Zusammenbruch der Seekontrolle um Spanien zu tun sei, unversöhnt gegenübergestanden. Während Engländer und Franzosen bekanntlich die Ausfüllung der durch die Zurückziehung der deutschen und italienischen Schiffe entstandenen Lücke mit englischen und französischen Kontrollschiffen, allerdings unter Hinzunahme neutraler Beobachter, ins Auge faßten, ging der deutsch-italienische Vorschlag dahin, durch die Verleihung der Kriegführungsrechte an die beiden streitenden Parteien in Spanien jede nichtspanische Kontrolle überflüssig zu machen und diese Kontrolle den Seestreitkräften der beiden kämpfenden Parteien zu überlassen. Die einmütige Zustimmung des Ausschusses, die für eine positive Entscheidung nötig gewesen wäre, war für keine der beiden Vorschläge zu haben.

Die so entstandene Lücke sucht nun der neue britische Vorschlag, der von dem Urheber selbst als ein Kompromißvorschlag bezeichnet wird, auszufüllen. Die britische Regierung leitet ihren neuen Vorschlag mit einer Mahnung an alle Beteiligten ein, die fast wie ein Vorwurf klingt. „Wenn nicht ein Geist größerer internationaler Zusammenarbeit bewiesen wird, als er sich in der Vergangenheit gezeigt hat", so heißt es in der britischen Verlautbarung, „wird dieser Plan fehlschlagen, und die Völker Europas werden sich einer neuen und unvergleichlich gefährlicheren Lage gegenübersehen." Trotz dieses moralischen Druckes, der auf die Mächte des Nichteinmischungsausschusses ausgeübt werden soll — zugegeben in wohlmeinender Absicht — wird sich der Kompromißvorschlag eine kritische Prüfung gefallen lassen müssen. Soweit Deutschland in Frage kommt, kann gesagt werden, daß der englische Kompromißvorschlag von der Reichsregierung als eine Diskussionsgrundlage angesehen wird, wobei allerdings noch einzelne Punkte geklärt werden müssen.

Der Kern des britischen Vorschlages ist die Verleihung der Kriegführungsrechte an die beiden kämpfenden Parteien unter der Voraussetzung der Zurückziehung der Freiwilligen auf beiden Seiten, und zwar sollen die Kriegführungsrechte wirksam werden, sobald der Nichteinmischungsausschuß feststellt, daß die Maßnahmen für die Zurückziehung der ausländischen Staatsangehörigen befriedigend arbeiten und daß die Zurückziehung tatsächlich beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Der Gedanke, die Nichteinmischung auf dem hier vorgeschlagenen Wege zu retten, spielt schon seit einiger Zeit in der internationalen Diskussion eine Rolle. Es sind aber auch sofort nach seinem Auftauchen Bedenken laut geworden, die sich sowohl auf seine politische Zweckmäßigkeit wie auf seine Durchführbarkeit bezogen. Was die Durchführbarkeit angeht, so kommt hier eine Erklärung des Generals Franco in Betracht, der sich in einem Interview mit der Londoner „Times" gegen die Zurückziehung der Freiwilligen ausgesprochen hat. Es wird aber Sache der britischen Regierung sein, diese und andere Fragen in Besprechungen mit den beiden spanischen Parteien zu klären, sobald sie vom Nichteinmischungsausschuß die Ermächtigung dazu erhalten habe.

Ob dieses Ziel erreicht werden, ob im Nichteinmischungsausschuß eine Einigung über den von der britischen Regierung vorgeschlagenen Kompromiß erzielt werden kann, das ist die Frage, die jetzt im Londoner Nichteinmischungsausschuß in erster Linie zu klären ist.

Neues Dienstgebäude der Reichskanzlei in Berchtesgaden.

DNB **Berlin**, 15. Juli.

Da während des Aufenthalts des Führers und Reichskanzlers auf dem Obersalzberg die Aufgaben der Reichskanzlei zum Teil sogleich in Berchtesgaden erledigt werden müssen, wurde auf Anweisung des Führers in Berchtesgaden ein neues Dienstgebäude für die Reichskanzlei errichtet. Der Bau ist nun vollendet. Die Inneneinrichtung ist soweit fertiggestellt, daß der Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, Dr. Lammers, mit den erforderlichen

Mitarbeitern in diesen Tagen in das neue Gebäude einziehen konnte und dort den Dienstbetrieb für die Zeit des Aufenthaltes des Führers in Berchtesgaden aufgenommen hat.

Der Neubau der Reichskanzlei wurde im September 1936 begonnen, und schon am 18. Januar dieses Jahres konnte in Anwesenheit des Führers das Richtfest begangen werden. Das neue Dienstgebäude der Reichskanzlei ist ein beredtes Zeugnis nationalsozialistischen Bauwillens. Sein Schöpfer, Architekt Alois Degano in Gmund am Tegernsee, hat es verstanden, klare Schlichtheit mit gediegener Würde zu vereinen. Der Neubau fügt sich vortrefflich in die Gebirgslandschaft ein. Er liegt darin mit jener ruhigen Selbstverständlichkeit, als stände das Haus schon immer an seinem Platze und sei aus dieser eindrucksvollen Landschaft herausgewachsen. Das Bauwerk besteht aus einem nach Süden gerichteten Hauptgebäude, einem Verbindungsbau und einem Nebengebäude, das die benötigten Wohnräume enthält. Unter Betonung bester handwerklicher Arbeit wurden ausschließlich bodenständige Baustoffe verwendet, zum Beispiel Königsseer Marmor in der Eingangshalle und deutsche Hölzer wie Lärche, Fichte, Föhre und Eiche bei der Innenausstattung.

So entstand ein Gebäude, das ein Schmuckstück im schönen Berchtesgadener Land darstellt. Die Arbeit in diesem Gebäude, die nach den Worten des Führers beim Richtfest dem Nutzen des deutschen Volkes dient, hat begonnen.

Reichsgerichtspräsident a. D. Walter Simons †.

DNB **Potsdam**, 15. Juli.

Im Alter von 75 Jahren verstarb Mittwoch nachmittag in seiner Wohnung in Nowawes Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Walter Simons.

*

Walter Simons wurde am 24. September 1861 in Elberfeld als Sohn eines Textilindustriellen geboren. Nach beendetem Universitätsstudium trat er zunächst in den Justizdienst. 1905 wurde er als Oberlandesgerichtsrat nach Kiel versetzt, aber schon nach wenigen Monaten als kommissarischer Hilfsarbeiter in das Reichsjustizministerium berufen. Hier hatte er hauptsächlich die



Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons.
(Scherl.)

Angelegenheiten des internationalen Rechts zu bearbeiten. Im Jahre 1911 berief ihn der damals zum Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts ernannte Ministerialdirektor Dr. Kriege als Justitiar in das Auswärtige Amt. Während des Krieges hat Dr. Simons die Kriegsverträge Deutschlands mit der Türkei, einen Konsularvertrag und einen Aushilfsvertrag abgeschlossen. Als Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt hat er auch an den Beratungen in Brest-Litowsk teilgenommen. Am 24. 12. 1918 zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt ernannt, wurde er mit der Vorbereitung der Friedensverhandlungen betraut. In Versailles war er Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation. Im Auswärtigen Amt war er als Leiter des Rechtsabteilung bis zum 21. 6. 1919 tätig. An diesem Tage erbat er seinen Abschied wegen der Unterzeichnung des Friedensvertrages, wurde aber von dem Reichspräsidenten nur zur Disposition gestellt.

Simons übernahm darauf im August 1919 die Leitung des Reichsverbandes der deutschen Industrie als geschäftsführendes Präsidialmitglied, bis er am 25. Juni 1920 als Reichsminister des Auswärtigen in das Kabinett Fehrenbach eintrat. Als solcher vertrat er Deutschland im Juli 1920 auf der Konferenz in Spa und ging im März 1921 als Wortführer der deutschen Delegation zur Londoner Konferenz. Hier erklärte er die Vorschläge der vorangegangenen Pariser Konferenz für unannehmbar. Seine Gegenvorschläge wurden abgelehnt. Ein an den Präsidenten Harding gerichtetes bedingungsloses Schiedsrichterangebot seitens der deutschen Regierung erwies sich ebenfalls als ein Schlag ins Wasser. Daraufhin trat Simons mit dem Kabinett Fehrenbach am 4. Mai 1921 zurück.

Erst im Januar 1922 fand Simons wieder amtliche Verwendung als Mitglied der deutschen Delegation für die Verhandlungen mit Polen und Oberschlesien. Im Juli 1922 wurde er zum Präsidenten des Reichsgerichts in Leipzig ernannt. Durch besonderes Reichsgesetz vom 10. 3. 1925 wurde er beim Tode Eberts bis zur Wahl und zum Amtsantritt Hindenburgs mit der Stellvertretung des Reichspräsidenten beauftragt. Am 15. Dezember 1928 sollte ein Termin vor dem Staatsgerichtshof, dessen Vorsitzender Simons in seiner Eigenschaft als Reichsgerichtspräsident war, über den Anspruch Badens auf einen freigewordenen Sitz im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft entscheiden; unmittelbar vor Abhaltung dieses Termins verfügte aber die Reichsregierung definitiv über diesen Sitz, was Simons mit Recht als Brüskierung des Staatsgerichtshofes und seiner Person ansah und was ihn veranlaßte, auch seine Entlassung von der Stellung als Reichsgerichtspräsident nachzusuchen. Auf Aufforderung erklärt er sich aber bereit, bis zum April 1929 die Geschäfte des Reichsgerichts weiterzuführen.

Seitdem widmete sich Simons auf juristischem Gebiet immer ausschließlicher dem internationalen Recht, über das er auch als Honorarprofessor in Leipzig Vorlesungen hielt. Von der Columbia-Universität und anderen auswärtigen Hochschulen wurde er zu Gastvorlesungen berufen. Daneben blieb sein altes Interesse für die auswärtige Politik. Auch die Evangelische Kirche lag ihm sehr am Herzen. An seinem 70. Geburtstage verlieh ihm Reichspräsident von Hindenburg den Adlerschild des Reiches. Ein Mann, der im Krieg und in der folgenden Zeit der Weimarer Republik als Staatsmann wie als Jurist stark im Vordergrund gestanden hat, ist, wie dieser Lebenslauf zeigt, mit Dr. Simons dahingegangen.

Der Wawel-Konflikt beigelegt.

Neues Schreiben des Erzbischofs an den Staatspräsidenten.

DNB **Warschau**, 15. Juli.

Der Konflikt zwischen der polnischen Regierung und dem Krakauer Erzbischof ist durch Vermittlung des polnischen Außenministers, der den Staatspräsidenten in seinem Sommeraufenthalt in Jurata aufsuchte, beigelegt worden.

Wie amtlich verlautet, hat sich der Krakauer Erzbischof durch Vermittlung des Vertreters des Apostolischen Stuhles in Warschau in einem erneuten Schreiben an den Staatspräsidenten gewandt, in dem er den Wunsch zum Ausdruck bringt, seine Motive für die Ueberführung der Leiche Marschall Pilsudskis zu präzisieren. Als er dieses in seinem ersten Schreiben tat, habe er nicht beabsichtigt, in irgendeiner Weise den Staatspräsidenten sowohl mit Rücksicht auf sein hohes Amt, wie angesichts der Gefühle, die er gegenüber seiner Person hege, zu verletzen. Sobald öffentlich bekannt geworden sei, daß sein Standpunkt als eine Verletzung der Person und Autorität des Staatspräsidenten betrachtet werde, und sobald er erfahren habe, daß der Staatspräsident sich verletzt fühle, habe er das bedauert. Und als Bischof und Staatsbürger fühle er sich verpflichtet, dem Staatspräsidenten gegenüber die ihm gebührende und unveränderliche Ergebenheit zu erklären und zu versichern.

In der Verlautbarung heißt es weiter, daß bereits vorher der Krakauer Erzbischof festgestellt habe, daß die Königsgräber und die Gräber der großen Männer der polnischen Geschichte, die in den Grüften der Wawel-Kathedrale ruhen, stets nicht nur ein kirchliches Heiligtum, sondern auch einen Schatz des nationalen Ruhmes darstellen. Weiter habe der Krakauer Erzbischof erklärt, daß die Särge der Könige, die für immer und endgültig in den Königsgräbern beigesetzt sind, sowie der Sarg des Marschalls Pilsudski nicht mehr von ihrem Ort entfernt werden sollen. Wenn eine Aenderung einmal unbedingt und ausnahmsweise nötig werden sollte, so könnte das nur noch nach einer vorherigen Verständigung des Krakauer Erzbischofs mit dem Staatspräsidenten geschehen.

Zum Schluß heißt es in der amtlichen Verlautbarung, daß der Staatspräsident unter diesen Bedingungen die Erklärung des Erzbischofs annehme. Angesichts dieser Tatsache betrachtet die Regierung die ganze Angelegenheit als erledigt.

„Gazeta Polska" schreibt hierzu, man müsse die Anerkennung der Wawel-Grabstätten als gemeinsames Eigentum der Nation und der Kirche als eine Versicherung verstehen, daß die Krakauer Erzbischöfe in Zukunft nicht mehr eigenmächtig über die Grabstätten verfügen werden.

Tokio erklärt: Die Lage in Nordchina sehr zugespitzt.

Entsendung großer japanischer Truppenverbände.

DNB **Tokio**, 15. Juli.

Wie das japanische Kriegsministerium offiziell bekannt gibt, habe sich die Verschickung größerer Truppenmassen aus Japan nach Nordchina als notwendig erwiesen, da die Lage dort sich nunmehr sehr zugespitzt habe.

Rege Tätigkeit der japanischen Flieger.

Peiping in Erwartung weiterer japanischer Truppen

DNB **Peiping**, 15. Juli.

Von der chinesischen 29. Armee wird entschieden in Abrede gestellt, daß irgendwelche Abmachungen mit den Japanern getroffen oder Verhandlungen im Gange seien, die die Anerkennung eines neu zu schaffenden Staates in Nordchina zum Ziele hätten. Von japanischer Seite wird eine gegenteilige Behauptung ebenso entschieden aufrechterhalten und weiter gesagt, die Verhandlungen seien am Mittwoch nach Tientsin verlegt worden. Ein endgültiger Abschluß sei nicht vor einigen Tagen zu erneuern.

Die japanische Luftaufklärung ist sehr aktiv und ausgedehnt. Nach japanischer Erklärung ist ein weiteres Anfliegen von Peiping durch Flugzeuge der „Eurasia" oder der „National Aviation Corporation" nicht mehr gestattet. Ein am Mittwoch aus einem Sonderflug eingetroffenes Eurasiaflugzeug sei nur durch Zufall dem Schicksal entgangen, von einem japanischen Jagdflieger abgeschossen zu werden. Außer der bisher aus Mandschukuo eingetroffenen Division wird in Peiping die Division Kawaguchi aus Korea und die 6. Hirshama-Division aus Japan erwartet, während die 5. Komanoto-Division aus Japan Tsingtau zum Ziel hat.

Wieder pessimistischere Beurteilung der Lage in Nanking.

DNB **Schanghai**, 15. Juli.

In chinesischen Kreisen Nankings und Schanghais wurde die Lage in Nordchina am Donnerstagabend wieder wesentlich pessimistischer beurteilt. Den Aeußerungen des japanischen Botschafters Kawagoe, daß sich die Verhandlungen der japanischen militärischen Stellen mit den örtlichen chinesischen Behörden in Tientsin auf Maßnahmen zur Vermeidung ähnlicher Zwischenfälle in der Zukunft erstreckten, entnimmt man hier, daß die japanischen Forderungen die Schaffung einer besonderen Sicherheitszone im Raume von Peiping, die Ausschaltung der 29. Armee und der japanfeindlich eingestellten nordchinesischen Beamten einschließen. Die Durchführung dieser Maßnahmen würde, so befürchtet man hier, praktisch eine noch größere Unabhängigkeit der Provinz Hopei von Nanking bedeuten.

Der britische Botschafter Sir Hughes Knatchbull-Hugessen hatte kurz nach seiner Ankunft in Nanking eine eineinhalbstündige Unterredung mit dem chinesischen Außenminister Wangtschunghue, über deren Inhalt Einzelheiten bisher nicht bekanntgeworden sind.

Umbildung der Preußischen Akademie der Künste.

DNB. **Berlin**, 15. Juli.

Auf Vorschlag des Reichs- und preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung als Kurator der Preußischen Akademie der Künste in Berlin hat Ministerpräsident Generaloberst Göring die Satzung der Preußischen Akademie der Künste mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Der Ministerpräsident beauftragte Reichsminister Rust, eine neue nationalsozialistischen Grundsätzen entsprechende Satzung auszuarbeiten und sofortige Maßnahmen zur Umgestaltung und Verjüngung der Akademie zu treffen. Weiter übernahm Ministerpräsident Generaloberst Göring das Amt eines Protektors der Akademie. Zugleich hat Reichsminister Rust zunächst folgende Künstler als ordentliche Mitglieder in die Preußische Akademie der Künste aufgenommen:

a) Architekten: Professor Brinkmann, Bremen, Fick, München, Professor Gall, München, Giesler, Sonthofen, Professor Klotz, Köln, Professor March, Berlin, Professor Sagebiel, Berlin, Professor Dr. Schumacher, Hamburg, Professor Spehr, Berlin, Robert Tischler, München.

b) Bildhauer: Prof. Breker, Berlin, Philipp Harth, Berlin, Prof. Richard Klein, München, Prof. Knecht, München, Gerhard Marcks, Berlin, Prof. Scheibe, Berlin, Schmid-Elend, München, Prof. Thorack, München, Prof. Waldschmidt, Stuttgart.

c) Maler: Prof. Burmann, Berlin, Georg Emig, Berlin, Otto Herbig, Berlin, Kasper, München, Kowalski, Breslau, Prof. Lenk, Berlin, Mahlau, Lübeck, Prof. Nebel, Kassel, Prof. Partikel, Königsberg, Prof. Peiner, Kronenburg (Eifel), Prof. Pretorius, München, Prof. Ferd. Spiegel, Berlin.

d) Kunsthandwerker: Prof. Douglas-Hill, Berlin, Prof. von Eiff, Stuttgart, Prof. Esser, Berlin, Emil Lettré, Berlin, Julius Schratt, Berlin, F. R. Wilm, Berlin.

e) Musiker: Prof. Dr. Furtwängler, Berlin, Prof. Dr. Knab, Berlin, Heinrich Kaminski, Thiengen, Hermann Reuter, Frankfurt a. M.

Ausgeschieden ist bereits der größte Teil von Mitglieder einer vergangenen Kunstepoche, die eine nationalsozialistische Neubelebung der Akademie nicht eingestehen wollten. Die in der Akademie Verbleibenden werden, um jüngerem Nachwuchs Platz zu machen, z. T. in eine unaktive Gruppe übergeführt werden.

Das größte künstlerische Ereignis der letzten vier Jahre.

DNB **München**, 15. Juli.

Die Beteiligung der deutschen Künstlerschaft an der zweiten Jahrestagung der Reichskammer der bildenden Künste im Rahmen des „Tages der deutschen Kunst" wird bedeutend stärker, als man erwartet hat. Die Leitung der Reichskammer der bildenden Künste hatte mit einer Beteiligung von etwa 2000 Personen gerechnet. Bis Mittwoch waren jedoch schon über 6000 Tagungskarten an Mitglieder der Kammer und geladene Gäste ausgegeben worden. 1200 Ehrengäste aus München und dem Reich nehmen an den Veranstaltungen teil. Das Ausland ist durch Vertreter der Museen und die Repräsentanten der Künstlerschaft verschiedener Länder vertreten.

Die Münchener Jahrestagung der Reichskammer der bildenden Künste wird das größte künstlerische Ereignis der letzten vier Jahre sein. Da es nicht möglich ist, alle Teilnehmer im Kongreßsaal des Deutschen Museums unterzubringen, wird neben der Festsitzung im Kongreßsaal eine Parallelversammlung im Bürgerbräukeller abgehalten, in die der Festakt übertragen wird.

Der Verkehr der Beamten mit den Volksgenossen.

DNB **Berlin**, 14. Juli.

Der Reichs- und Preußische Minister des Innern Dr. Frick hat den nachfolgenden Erlaß an alle Behörden, Gemeinden, Gemeindeverbände, sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts gerichtet:

„Im Dritten Reich ist der Beamte Diener am deutschen Volk. Ihm hat er alle seine Kräfte, sein ganzes Können und Wissen zu widmen. Er steht deshalb zum einzelnen Volksgenossen nicht im Verhältnis des Vorgesetzten zum Untergebenen, sondern in dem eines Fürsorgers und Beraters, an den der Volksgenosse sich mit seinen Nöten, Sorgen und Zweifeln vertrauensvoll wenden soll.

Mit dieser Stellung des Beamten ist jede unsachliche Schärfe und Schroffheit und jede Unhöflichkeit im schriftlichen und mündlichen Verkehr mit den Volksgenossen unvereinbar. Ein solches Verhalten wäre geeignet, das Vertrauen zum nationalsozialistischen Staate zu erschüttern und könnte, wird es Ausländern gegenüber geübt, bei ihnen vom Dritten Reich falsche Vorstellungen erwecken und damit dem deutschen Volke schaden.

Ich erwarte daher von der Beamtenschaft, daß sie jeden, der sich mündlich oder schriftlich an die Behörde wendet, wenn auch bestimmt, so doch höflich abfertigt, und von den Leitern der Behörden, daß sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit (z. B. Versammlungen der nachgeordneten Behördenleiter und Beamten) in geeigneter Weise die unterstellte Beamtenschaft auf diese Gesichtspunkte hinweisen.

Die Minderheiten in Oberschlesien.

„Der Geist der Verständigung ist Grundlage wirksamen Minderheitenschutzes".

DNB **Gleiwitz**, 15. Juli.

Mit dem Ablauf der 15jährigen Uebergangsfrist verschiedener Bestimmungen des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien haben auch die beiden internationalen Einrichtungen, die Gemischte Kommission für Oberschlesien mit dem Sitz in Kattowitz und das Schiedsgericht für Oberschlesien mit dem Sitz in Beuthen, ihre Tätigkeit eingestellt. Während die Gemischte Kommission mit dem 14. Juli ihre Tätigkeit restlos beendet hat, bleibt das Schiedsgericht für Oberschlesien noch zur Abwickelung laufender Verfahren noch im Amt.

Beide Instanzen versammelten sich im Laufe des Donnerstag an den Orten ihres Wirkens zu feierlichen Schlußsitzungen unter Teilnahme sämtlicher Mitglieder und Beamten, der Vertreter der Regierungen des Reichs und der polnischen Republik sowie der beiderseitigen staatlichen Behörden.

Der Fristenablauf des Genfer Abkommens.

Das Genfer Abkommen über Oberschlesien, das 1922 nach der Zerstückelung dieses Landes abgeschlossen wurde, enthält für gewisse Bestimmungen Fristen, von denen die längste, eine fünfzehnjährige für ein Sonderrecht der Oberschlesier, am 15. Juli abgelaufen ist. Es ist, wohlgemerkt, diese Frist, die abgelaufen ist, nicht dagegen das Abkommen selbst; denn dieses ist unbefristet und unkündbar. Das muß umsomehr betont werden, als Polen sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß das gesamte Abkommen nunmehr erledigt sei.

Durch dieses Abkommen sind bekanntlich für die beiden nun durch eine Landesgrenze getrennten Gebiete Oberschlesiens bestimmte Minderheitenrechte festgelegt, außerdem wirtschaftliche und sozialpolitische Sicherungen erstrebt worden. Als unparteiischer Vorsitzender einer gemischten Kommission wurde der Schweizer Calonder berufen, der dieses Amt volle 15 Jahre innehatte. Er war berechtigt, auf die Beschwerden von Angehörigen der beiden Volksgruppen eine sofortige Entscheidung zu treffen, sonst blieb nur die Anrufung des Völkerbundes übrig, der sich denn auch oft genug mit oberschlesischen Fragen hat beschäftigen müssen. Zwischen Deutschland und Polen ist lange darüber verhandelt worden, gewisse Bestandteile des Abkommens von 1922 über den Ablauf der Fristen hinaus zu erhalten. Auf dem Gebiete des Grenzverkehrs und der sozialpolitischen Fragen ist das bis zu einem gewissen Umfang gelungen, in andern Fragen leider nicht, sei es, daß, wie auf dem Gebiet des Warenverkehrs, noch weitere Besprechungen zwischen den beiden Staaten gepflogen werden sollen, sei es, daß sich Verschiedenheiten über grundsätzliche Auffassungen bislang nicht aus der Welt schaffen ließen.

Die polnische Auffassung richtet sich insbesondere gegen die deutschen Optanten in Ostoberschlesien, denen das weitere Verbleiben in ihrer Heimat versagt werden soll. Daher muß wohl damit gerechnet werden, daß 1500 Deutschen in Ostoberschlesien keine weitere Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden wird. Das hätte selbstverständlich dieselbe Behandlung von etwa 700 polnischen Optanten im deutschen Westoberschlesien zur Folge. Das Verhalten der polnischen Regierung in dieser Frage ist schwer verständlich. Mit dem Geiste der deutsch-polnischen Verständigung von 1934 ist es jedenfalls nicht vereinbar. Ungelöst geblieben ist ferner die Frage der wohlerworbenen Rechte. Nach deutscher Auffassung läßt der hier in Frage kommende Artikel 4 des Genfer Abkommens in keiner Weise den Schluß zu, daß diese Rechte nur für eine gewisse Zeit geschützt werden sollen. Auch die Judikatur des Schiedsgerichts für Oberschlesien hat diese deutsche Rechtsauffassung bestätigt. Die polnische Regierung hält sich dagegen an die diesbezüglichen Verpflichtungen nicht mehr gebunden. Welche Bedeutung dieser Frage zukommt, erhellt am besten daraus, daß nach dem Genfer Abkommen deutscher Grundbesitz in dem von dem Abkommen betroffenen Gebiet nur gegen volle Entschädigung enteignet werden kann. So muß leider nach den bisher gemachten Erfahrungen damit gerechnet werden, daß die polnischen Behörden bei Enteignungen diese volle Entschädigung verweigern werden. Allerdings ist in dieser Frage, wie wir hören, das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Schließlich ist auch die Minderheitenfrage noch ungeregelt geblieben. Hierzu gehören die Rechte der Sprache und der Schule. Polen hat freilich schon 1934 im Völkerbundsrat erklärt, daß es sich von dem Kontrollrecht des Völkerbundes in der Minderheitenfrage frei mache. Trotzdem ist es nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages einer allgemeinen Minderheitenschutzverpflichtung unterworfen. Davon kann es sich nicht einseitig freimachen. Der deutsch-polnische Gedankenaustausch über diesen Punkt ist ebenfalls noch nicht abgeschlossen. Deutschland hat aus dem Gefühl der Gerechtigkeit heraus der in seinen Grenzen wohnenden polnischen Minderheit keinerlei nationalen Zwang auferlegt, es verlangt von ihr nur die loyale Befolgung der Gesetze. Man sollte annehmen, daß auch Polen den auf seinem Gebiet wohnenden Deutschen die kulturellen Rechte nicht verweigern wolle, auf die es gewiß für die Polen in Deutschland allen Wert legt. Auch müßte hier die Bereitwilligkeit zur Verständigung auf polnischer Seite gleichfalls im Sinne des deutsch-polnischen Abkommens angebracht erscheinen. Wir möchten darum hoffen, daß sich in Warschau der Geist dieses Abkommens bei den noch offenen Fragen doch noch durchsetzen wird. #

Während der Sitzung der Gemischten Kommission in Kattowitz gab deren Präsident, der schweizerische Altbundespräsident Calonder, einen Abriß der umfangreichen Arbeit der Kommission besonders, auf dem Gebiet der Minderheitenfragen, wobei er betonte, daß der gute Wille und der Geist der gegenseitigen Verständigung die unerläßliche Grundlage für jeden wirksamen Minderheitenschutz bildeten. Keine noch so genaue Vertragsbestimmung oder Gesetzesvorschrift könne einen Ersatz bieten. Der Präsident dankte beiden Regierungen, den Behörden beider Staaten und insbesondere den ehemaligen und heutigen Mitgliedern der Kommission, den beiderseitigen Staatsvertretern und den Leitern der Minderheitenämter für die ihm zuteil gewordene Unterstützung. Der Präsident schloß seine Aussprache mit den besten Wünschen für die Wohlfahrt der beiden Nationen, für den Frieden und für eine ersprießliche Zusammenarbeit zwischen allen Volksteilen. Er empfahl die Minderheiten in Oberschlesien dem Edelmut der großen und mächtigen Staaten.

Im Mittelpunkt der Schlußsitzung des Schiedsgerichts für Oberschlesien standen die Ausführungen des Präsidenten, des belgischen Prof. Dr. Kaeckenbeeck, der über die schwierige Arbeit des Gerichts berichtete und gleichfalls seinen Dank an die beiden Regierungen wie auch an seine mitarbeitenden Behörden beider Staaten Ausdruck gab.

In beiden Sitzungen sprachen noch die deutschen und polnischen Mitglieder der Einrichtungen sowie die beiderseitigen Staatsvertreter, die ebenfalls ihre Befriedigung über die Zusammenarbeit im Sinne der Verständigung zwischen beiden Nationen ausdrückten.

Mit Rasiermesser und Revolver.

DNB **Paris**, 15. Juli.

Drei Personen von den am Mittwoch in Marseille Festgenommenen sind in Haft behalten worden. Es handelt sich um zwei Personen, die überführt worden sind, Revolverschüsse abgegeben zu haben, und um einen Demonstranten, der einen anderen mit einem Rasiermesser verletzt hatte.

Stadt Bocholt.

Freitag, den 16. Juli 1937.

Uebernehmt Patenstellen

für die Hitler-Urlauber-Kameradschaft!

× Vor einigen Wochen berichteten wir über eine im Lokal Langenhoff stattgefundene Besprechung über die Schaffung einer Adolf-Hitler-Urlauber-Kameradschaft in Bocholt. Die Vertreter der Vereine und Verbände waren bereit, sich für die Unterbringung der Kameradschaft in Bocholt einzusetzen. Bisher sind noch nicht alle Meldungen eingegangen. Der Termin zur Meldung wird bis zum 22. Juli verlängert. Es muß als selbstverständlich angesehen werden, daß eine solche Urlauber-Kameradschaft, in der sich verdiente Männer aus allen Gauen unseres Vaterlandes zusammenfinden, auch bei uns in Bocholt zustande kommt. Es wird besonders auf die Möglichkeit hingewiesen, Patenschaften zu übernehmen. Für die Unterbringung eines Urlaubers würde ein täglicher Betrag von etwa 3 ℳ in Frage kommen. Für Betriebsgemeinschaften oder Nachbarschaften ist damit eine dankbare Möglichkeit geschaffen, durch ein nicht einmal sehr fühlbares Opfer einem Urlauber einen Freiplatz sicherzustellen. — Meldungen sind bis zum 22. Juli der Kreisamtsleitung der NSV. einzureichen.

Silbernes Dienstjubiläum

bei der Stadtverwaltung.

§ Gestern konnte Stadtbauinspektor Hermann Wingendorf sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der hiesigen Stadtverwaltung begehen. Aus diesem Anlaß fand eine kurze Feierstunde statt, bei der Bürgermeister Steuer die Glückwünsche der Stadtverwaltung aussprach und dem Jubilar als Geschenk ein Bild des alten Rathauses überreichte. Auch seitens der Berufskameraden wurde der Jubilar gebührend geehrt. An dieser Stelle wollen auch wir es nicht unterlassen, dem Jubilar zu seinem Ehrentage nachträglich die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen.

Zum Justizoberinspektor ernannt.

§ Nach Mitteilung des Oberlandesgerichts Hamm i. W. ist Justizinspektor Heinrich Müller, der beinahe drei Jahrzehnte am hiesigen Amtsgericht tätig ist, zum Justizoberinspektor befördert worden. Herzlichen Glückwunsch.

Von der Leiter gestürzt.

§ Ein hiesiger Klempnermeister, der an einem Wohnhause der Nordallee mit Dachreparaturen beschäftigt war, machte auf einer Leiter stehend einen Fehltritt und stürzte einige Meter tief. Er zog sich außer Hautabschürfungen im Gesicht Verstauchungen der Hände zu. Der städtische Krankenwagen brachte den Verletzten ins Krankenhaus, aus dem er jedoch, nachdem er verbunden war, in seine Wohnung entlassen werden konnte.

Ein Schaf zu Tode mißhandelt.

= Bisher unermittelte Burschen mißhandelten dieser Tage in der Nähe des Schlachthofes ein Schaf durch Fußtritte derart, daß das Tier abgeschlachtet werden mußte, weil der Brustkorb eingetreten war.

Schlecht belohnte Ehrlichkeit.

Oder wie man unschuldig in bösen Verdacht geraten kann.

§ Eine Frau aus Holtwick verlor in Bocholt ihre Geldbörse, die von einem Anwohner der Schonenbergstraße gefunden wurde. Da in der Geldbörse sich eine Rechnung befand, war es dem Finder möglich, die Verliererin telephonisch von dem Fund zu benachrichtigen. Allerdings kam er da an die richtige Adresse. Denn als der Finder erwähnte, daß in der Geldbörse etwa 6 ℳ enthalten seien, wurde ihm in nicht mißzuverstehendem Ton bedeutet, daß in der Börse über 20 ℳ sein müßten. Es stellte sich dann weiter heraus, daß die Frau gar nicht in der Schonenbergstraße gewesen ist, so daß höchstwahrscheinlich jemand anders die Börse schon vorher gefunden oder gar in einem unbewachten Augenblick an sich genommen, zum Teil entleert und dann in der Schonenbergstraße weggeworfen hat. Jedenfalls ersieht man aus diesem Vorfall, wie sogar ein ehrlicher Finder unter Umständen in schlimmen Verdacht geraten kann.

Kreisamtsleiter der NSV. Schulze

über die weltanschauliche Grundlage der NSV.-Arbeit.

a. Bocholt, 15. Juli.

Der neue Kreisamtsleiter der NSV. des Kreises Borken-Bocholt, Pg. Schulze, stellte sich auf einer Versammlung im „Bürgerkrug" den Amtswaltern, Helfern und Helferinnen sowie der NS.-Frauenschaft vor, wobei er in längeren Ausführungen über die weltanschauliche Grundlage der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt sprach.

Kreisamtsleiter Pg. Schulze

führte u. a. aus: Mit dem 1. Juli ds. Js. habe ich den Kreis Borken-Bocholt übernommen in der Absicht, das große Werk unserer nationalsozialistischen Weltanschauung weiter zu führen. Selbstverständliche Voraussetzung ist, daß unter uns eine echte Kameradschaft, eine echte Gemeinschaft besteht. Wir sind nicht Helfer, um nach außen hin in irgendeiner Art etwas gelten zu wollen, sondern um zu kämpfen. Der Beweis ist erbracht, daß unsere Wohlfahrtsarbeit eine herrliche, nationalsozialistische Aufgabe ist, die in erster Linie darin besteht, das deutsche Volk gesund und stark zu machen. „Unser Leben ist ein Kampf, und wer nicht kämpfen will, verdient das Leben nicht", sagt der Führer. Alles was wir tun, tun wir aus dem inneren Drang für den ewigen Bestand unseres Volkes.

Wir wollen als Nationalsozialisten das richtige Werkzeug für den Führer sein und seinen Willen im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung durchsetzen.

Wenn wir unser Deutschland mit dem der Vergangenheit vergleichen, dann erkennen wir dieses nicht mehr, wissen wir doch, daß das deutsche Volk seine weltgeschichtliche Mission zu erfüllen hat und daß mit jedem Tag ein sichtlicher Fortschritt zu verzeichnen ist. Am deutschen Wesen wird die Welt genesen. Seien wir uns darüber klar: Wir wollen nicht die Welt beherrschen, nein, wir wollen sie führen. Das ist Dienen der Gemeinschaft. Wir wissen bestimmt, daß einmal die Zeit kommen wird, in der die Welt mit viel mehr Interesse auf uns schaut, als das heute der Fall ist. Der Kreisamtsleiter sprach dann von der

Idee des Opferns,

von Pflichterfüllung, Gemeinschaftssinn und Gemeinschaftswillen, wodurch die Not mit einem Male überwunden wird. WHW. soll nach dem Willen des Führers eine freiwillige Einrichtung sein, eine Einrichtung des nationalsozialistischen Staates für alle Zeiten. Dieser Staat hat sich insbesondere auch der deutschen Mutter und des deutschen Kindes angenommen. Nur dadurch, daß eine starke Generation heranwächst, wird unsere Arbeit am deutschen Volke und sein Weiterbestand, unser Leben garantiert. Wir sind stolz darauf, nicht etwa lediglich eine Wohlfahrtseinrichtung zu sein, nein, die Behauptung, die Lebensbejahung unseres deutschen Volkes wollen wir sein, eine Kampfgemeinschaft Adolf Hitlers. Darum müssen wir in erster Linie eine Opfergemeinschaft sein. Es geht uns nicht darum, daß der Beitrag lediglich regelmäßig wie in einem Verein gezahlt wird,

jedes Mitglied muß durchdrungen sein vom Opfergeist und Opferwillen, weil wir verbunden sind durch Blut und Boden.

Diejenigen, die nach uns kommen, sollen ebenfalls in diesem Sinne aufwachsen, dann wird das Bild des deutschen Volkes noch schöner und herrlicher sein.

Der Redner wies dann noch auf das Gesetz von der Gesunderhaltung des deutschen Volkes, auf das Gesetz von der Reinerhaltung des deutschen Blutes und endlich auf das Gesetz von der Forterhaltung des deutschen Volkes hin. Adolf Hitler hat uns in diesen Gesetzen eine neue Richtung, ein neues Lebensziel gegeben. Wir wünschen diesen Weg weiterzugehen weil wir nicht arbeiten für uns, sondern für eine gesunde und starke Generation.

Nach Schlußworten des Pg Meyer von der Kreisamtsleitung wurde die Versammlung mit dem Gruß an den Führer und dem Gesang der Nationallieder geschlossen.

Altstoff ist Rohstoff! — Denken wir immer daran!

Rohstoffe in der Mülltonne.

Vergeudetes Volksvermögen wird nutzbar gemacht.

Noch immer beherzigen viel zu wenig Volksgenossen die Mahnung, Abfälle und Altstoffe zu sammeln, um sie der Wiederverwertung durch die deutsche Altstoffindustrie nutzbar zu machen. Die folgenden Ausführungen mögen ihnen zu denken geben und Anlaß sein, in Zukunft diese dringende Forderung im Interesse der Stärkung unserer eigenen Rohstoffversorgung zu beachten.

Die Schriftleitung.

Achtlos werden Lumpen und Stoffabfälle, Altpapier und Zeitungen in den Ofen gesteckt — mehr oder weniger geeignetes Brennmaterial zum Anfeuern und Heizen. Alteisen, gebrauchte Konservenbüchsen und Tuben wandern in die Mülltonne. Ausgekochte Knochen gelten als wertlos und gehen den gleichen Weg.

Die wenigsten Volksgenossen aber machen sich Gedanken darüber, daß sie durch solches Verhalten unserer Industrie wertvolle Rohstoffe entziehen und Millionenwerte an Volksvermögen vergeuden helfen.

Hier einige Zahlen — die wichtigsten nur — die zeigen werden, welch gewaltige Rohstoffreserven in jenen vermeintlich wertlosen Abfällen der Mülltonne stecken:

Lumpenanfall stärker als heimische Rohstofferzeugung.

Nach der Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung dürften im vergangenen Jahr in Deutschland etwa 270 000 bis 300 000 Tonnen Lumpen angefallen sein; daraus ergeben sich 135 000 bis 150 000 Tonnen verspinnbare Textilfasern. Das entspricht der vierfachen Menge unserer heimischen Rohstofferzeugung an pflanzlichen Spinnfasern (Flachs und Hanf) und der über dreifachen Menge der deutschen Wollerzeugung! Der Produktionswert dieser 135 000 bis 150 000 Tonnen Spinnfasern würde sich auf schätzungsweise 8 bis 10 Millionen Mark belaufen.

Der Anfall an Altpapier

betrug im vergangenen Jahr etwa 3,5 Millionen Tonnen. Davon wurden für die Papierneugewinnung nur etwa 20 Prozent — also ein Fünftel — erfaßt, nämlich rund 700 000 Tonnen. Die anderen 2,8 Millionen Tonnen Altpapier gingen der Auswertung für die Papiererzeugung verloren. Könnte die Altpapiererfassung auf nur die Hälfte des jährlichen Anfalls an Altpapier gesteigert werden, würde damit die Einfuhr von etwa 500 000 Tonnen Zellstoff und Holzschliff im Wert von etwa 15 Millionen Mark eingespart!

Eine andere Zahl: Die deutsche Rohstahlgewinnung des letzten Jahrzehnts beruht etwa zur Hälfte auf der Umschmelzung von Altschrott (Alteisen). Der jährliche Schrottverbrauch der deutschen Eisenindustrie lag zwischen 3,5 und 8,7 Millionen Tonnen. Alteisen hat als Rohstoff um so mehr Bedeutung für die deutsche Eisenindustrie gewonnen, als durch den Verlust der Erzvorkommen in Elsaß-Lothringen und Luxemburg durch das Versailler Diktat die deutsche Wirtschaft wertvollste Erzquellen verlor, während der Anfall an Alteisen keine Verminderung erfuhr.

1,5 Millionen Kilogramm Zinn können gespart werden.

Welche Bedeutung auch hier den scheinbar wertlosen Abfällen als zusätzlicher Rohstoffreserve zukommt, zeigt folgende Feststellung: Die Rückgewinnung des Zinns aus unbrauchbaren Dosen und Tuben aus Weißblech würde jährlich etwa 1, bis 2 Millionen Kilogramm Zinn ergeben, die heute noch fast restlos gegen Devisen eingeführt werden müssen, weil nicht genügend Altdosen gesammelt werden.

Beliebig lassen sich diese Beispiele planmäßiger Altstoffverwertung fortsetzen. Vom Schrott, Altpapier und Lumpen, bis zu den Knochenabfällen, die zum größten Teil als einer der wertvollsten heimischen Rohstoffe noch unausgenutzt verloren gehen. Trotzdem sie als Regenerationsstoff für die Erzeugung von industriellen Fetten, Leimen, Düngemittel und Futtermehlen der deutschen Wirtschaft im Zeichen des Vierjahresplanes wertvollste Dienste in der Sicherung und Verbreitung der heimischen Rohstoffgrundlagen leisten.

So wird die Mülltonne — gedankenlos zum Abfalleimer unüberlegten Materialverschwendung gemacht — zu einer wahren Fundgrube wertvollster Rohstoffe, die, richtig verwendet, d. h. gesammelt, sortiert und der Wiederauswertung durch die deutsche Altstoffindustrie zugeführt, uns die Möglichkeit geben, Millionensummen, die wir bisher an Devisen für eingeführte Rohstoffe an das Ausland zahlten, zu sparen und die Sicherheit und Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaft durch verstärkte eigene Rohstoffgrundlagen weiter auszubauen.

Diese Erkenntnis ist aber zugleich an alle Volksgenossen eine ernste Mahnung: Die anfallenden Altstoffe und Abfallstoffe zu erhalten und ihre Wiederverwertung zu ermöglichen, damit diese kostbaren Rohstoffe nicht in der

Die Spekulation auf die Tasche.

Neutrale und angriffslustige Frage.

„Tun Sie es schon in die Tasche?"

„Ja, Fräulein, danke schön".

Das Fräulein im Kaufladen stellt uns nun häufiger diese Frage. Haben Sie es nicht bemerkt: man spekuliert auf unsere Taschen, sowohl auf Aktentaschen wie auf gewöhnliche Rocktaschen. Ein freundlicher Lockenkopf beugt sich über die Theke und überzeugt sich mit raschem Blick, ob die geführte Frage auch eine Spur von Berechtigung hat. Sie zieht ihre Locken befriedigt zurück, wenn sie eine Aktentasche bemerkt, sie ist keineswegs traurig, wenn ihre Frage aufs Geratewohl einen Mann traf, der nichts Taschenähnliches in der Hand trägt. Ein normaler Männeranzug hat ja genügend Taschen, sie werden so selten ausgenutzt. Mag er das Gekaufte also da hineinstecken. Mag, falls es eine Dame ist, auch sie die Frage auf ihr Einkaufsnetz beziehen, und wenn sie keines hat, auf das, was sie haben sollte. Denn es ist eine recht praktische und vielseitige Frage, neutral oder angriffslustig, wie es der Fall erfordert.

Der Einzelhandel ruft zur Einsparung von Verpackungsmaterial auf. Seine Fachgruppen haben die Richtlinien an alle Kaufleute und ihre Mitarbeiter versandt. Das übrige ist die Aufgabe der Hausfrauen und ihrer hilfsbereiten Männer. Von den Männern — darum seien sie so häufig genannt — fordert man ja das größere Opfer, denn die Frauen tragen Handtaschen, die wie Einkaufsnetze sind: die Mode hat es ihnen leicht gemacht.

Uebertriebene Einwickelansprüche.

Im Ernst: Auf Wunsch des Reichswirtschaftsministeriums und der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung des Beauftragten für den Vierjahresplan hat der Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel die sparsame Verwendung des Verpackungsmaterials den Kaufleuten zur Pflicht gemacht. Auch die deutschen Handwerker sind zur Einsparung von Einwickelpapier, Tüten, Kartons, Holzwolle usw. angehalten worden. Der deutsche Papierbedarf erfordert ein besseres Haushalten. Auch die „Einwickelansprüche" des kaufenden Publikums sind der Mode unterworfen. Zeitweilig sind Einkaufstaschen ganz außer Gebrauch gekommen, und sie machen sich doch immer besser als das schönste papierene Paket. Es werden den Verbraucherkreisen hier übertriebene Ansprüche nachgesagt. Warum sollten Erzeugnisse, die von der Industrie schon bestens verpackt sind, nochmals in Papier gewickelt werden. Man weiß, daß selbst die kleinsten Dinge häufig mit einem hohen Aufwand von Papier umgeben sind. Man kann sie in Einkaufs- oder Handtaschen bequem unterbringen. Auch Tuben, Flaschen und Dosen sind schon durch sich selbst verpackt, sie nochmals in Papier zu hüllen, ist meistens überflüssig. Der Einkauf wird also künftig leichter und schneller vonstatten gehen. Die Papiereinschränkung ist volkswirtschaftlich notwendig und erspart dem Kaufmann zusätzliche Unkosten. Diese Aktion steht und fällt mit der Aufklärung des Verbrauchers. Es lebe die Einkaufstasche! Und für Salate, Sauerkraut und Marmelade das Gefäß! Was braucht man tropfendes Papier? — Hygiene und Sauberkeit, so steht es in den Richtlinien, sollen durch diese Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden.

„Tun Sie es schon in die Tasche?"

Ach, bitte, Einkaufsware in den Händen zu tragen, ist gänzlich unmodern.

*

Lob der Tüte.

Wo Papier unumgänglich ist, so künden die Richtlinien weiter, soll die Tüte bevorzugt werden; denn die Tüte ist sparsam. Bindfäden — hier gibt es schon meist Gummifäden oder Klebestreifen — sollen vermieden werden. Die Tüte braucht das alles nicht. Der freundliche Kniff des Ladenfräuleins vermag die Tüte hermetisch zu schließen. Eine geschickt behandelte Tüte ist ein sicherer Wächter selbst für die feinkörnigste Ware. Es gibt Geschäftsbranchen, in denen die Tüten traditionsgemäß mit Kunst und Liebe behandelt werden, und es gibt solche, die das niemals lernen. Schlechte Tütenbehandler — dies ist eine ganz persönliche Beobachtung — sind die Bäcker. Stets, wenn ich Brötchen einkaufe, lugt das oberste Brötchen aus der Tüte heraus. Warum habe ich sie nicht gleich in die Aktentasche hineingeschüttet, sie schwimmen dort mit großer Regelmäßigkeit umher. Bäcker können so schlecht die Tüten abmessen, zum Verschließen bleibt ihnen kein Raum. Also auch das gehört zum Thema der Papierersparnis, denn man soll uns kaufenden Männern die Aktentasche nicht verleiden! Was wir dort an Tüten verstauen, muß sachlich und mit großer Kunst behandelt sein. Ein Lob der Tüte, wenn sie richtig bemessen ist!

Denn nicht die Tüte: die Tasche ist das Wichtigste, und die Freude daran soll uns erhalten bleiben.

„Was hat das Baden zu bedeuten?"

Ein Münchener Blatt veröffentlichte kürzlich einen Brief, den eine Untermieterin vom Inhaber ihrer Wohnung erhalten hatte. Es hieß darin u. a.:

Werthes Frl.! Muß Ihnen leider fragen, was das unablässige Baden bedeuten soll. Werthes Frl. hat den 24 ten Dez. gebadet bereits wieder den 26. Dez. das Bad geheizt welches mir schon verdächtig schien. Abermals den 3 ten dieses alles was recht ist aber dieses ist zuviel. Wenn Sie Ihnerne Ihre Kohlen verschleutern so vonmir aus und paßt sich schlecht zum 4 Jahresplan. Aber für den Bade Ofen muß ich aufkommen und wird derselbe leichtsinnig abgenützt blos wegen Baden und ebenso die Wahne. Kein reinlicher Mensch badet nur zum Vergnügen. Habe auch Frau und Tochter baden selbe genühgend alle4 Wochen. Von Ihrer Sittlichkeit nicht zu reden. Werthes Frl. ist mir lieb und werth als Mieterin und hoffe auf betreff schlechtes Beispiel. Halte mich selber auch zurück, gutes Verhältnis weiterhin. Müßte aber andernfalls leider zur Kündigung schreiten. Korbinian X.

Tatsache oder gut erfunden.

Brieftaubensport.

Der Wettflug ab Gardelegen findet statt.

k. Von der Brieftauben-Reisevereinigung Bocholt geht uns die Mitteilung zu, daß der Zwischenwettflug ab Gardelegen entgegen der zuerst gebrachten Meldungen doch am kommenden Sonntag stattfindet. Einsetzen hierfür ist am Samstag von 5 bis 6 Uhr im Lokal Meinen.

Märkte.

Bocholter Schweinemarkt.

Der Schweinemarkt, der am Mittwoch zusammen mit dem Fohlenmarkt abgehalten wurde, war gut beschickt. Es waren 385 Schweine aufgetrieben, von denen 251 verkauft wurden. Der Preis betrug für die acht Wochen alten Tiere etwa 8—13 ℳ. Je Altersswoche mehr kosteten die Tiere etwa 1,50—2 ℳ mehr, je nach Qualität.

Amtliche Nachrichten.

Bekanntmachung.

Auf die im Gitterkasten des Amtshauses und in den Gitterkästen der Gemeinden Hemden, Herzebocholt, Holtwick, Liedern, Spork, Suderwick und Werth aushängenden Bekanntmachungen der Haushaltssatzungen für das Rechnungsjahr 1937 für das Amt Liedern-Werth und für die oben genannten Gemeinden wird hierdurch hingewiesen. — Die Haushaltspläne des Amtes Liedern-Werth und der genannten Gemeinden liegen ab heute auf dem Amtsbüro in Bocholt (Zimmer 4) eine Woche lang öffentlich aus.

Bocholt den 12. Juli 1937.

Der Amtsbürgermeister: Blume.

Hauptschriftleiter: Dr. Ernst Buhla. Verantwortlich für Münster u. d. Münsterland: Dr. Fritz Rediger, beide in Münster i. W. Stellvertr. d. Hauptschriftleiters u. verantwortlich für Politik, Unterhaltung und Westdeutschland: Hermann Diebold, Gelsenkirchen-Buer; für Handel und Sport: Dr. Anton Henke in Dortmund; für münsterländischen Sport: Rudolf Ochsenknecht, Münster; für den Zeno-Anzeigenteil: Dr. Erich Altmeppen, Münster i. W. Druck: Zeno GmbH., Münster i. W. — Zur Zeit gültiger Anzeigentarif für die Zeno-Gesamtauflage Nr. 9 vom 10. 12. 1935.

Verantwortlich für den örtlichen Textteil: Heinrich Schmitt, Bocholt i. W., den örtlichen Anzeigenteil: Fritz Sträter, Bocholt. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt, Realschulstraße 14.

Zur Zeit ist Preisliste Nr. 8 gültig.

Durchschnittsauflage VI. 1937: Zeno-Zeitung insgesamt über 41000 enthaltend: Ahlener Volkszeitung, Ahlen, über 3100; — Allgemeine Zeitung, Coesfeld, über 3500; — Borkener Zeitung, Borken, über 3100; — Bürgerblatt, Emmerich, über 1900; — Dülmener Zeitung, Dülmen, über 2000; — Halterner Zeitung, Haltern, über 1700; — Kreiszeitung, Ahaus, über 3500; — Münsterländische Volkszeitung, Rheine, über 4800; — Emsländische Tageszeitung (Lingen), Rheine, über 1050; — Neuer Emsbote, Warendorf, über 2400; — Tageblatt, Ochtrup, über 1700; — Volksblatt, Bocholt, über 6600; — Volkszeitung, Emsdetten, über 2000; — Volkszeitung, Dorsten, über 1800

Tagesanzeiger.

Versammlungen, Vereine, Veranstaltungen.

Preis je Millimeter textspaltig 7 Rpf.

Am kommenden Samstag um 18 Uhr trägt der Bocholter WSV. gegen den Polizeisportverein Duisburg Staffellampf und Wasserballturnier aus. — Eintritt frei.

Statt Ferienreise ins Gefängnis.

Holländisches Ehepaar wegen Zollhinterziehung und Devisenvergehen verurteilt.

§ Bocholt, 16. Juli.

Ein holländisches Ehepaar aus Apeldoorn wollte am vergangenen Samstag mit seinem 14jährigen Sohn auf Fahrrädern eine Vergnügungsfahrt durch Deutschland machen. Als sie in Anholt die Sperre passierten, war es den diensttuenden Beamten verdächtig, daß das Trio etwas reichlich viel Gepäck bei sich führte, nämlich außer einem schweren Koffer einen Radkorb, Rucksäcke und Satteltaschen, die alle dick bepackt waren. Auf Verlangen wurden die Pässe gezeigt, auch war man gleich dabei, den Koffer zu öffnen, der mit allerlei Lebensmitteln und Genußwaren gefüllt war, die zum Teil verzollt werden mußten. Die Holländer verschwiegen jedoch, daß sich in dem anderen Gepäck noch weitere Lebens- und Genußmittel befanden, die zum Teil kunstgerecht in Strümpfen, Hosen usw. verstaut waren, wie Zigarren, Zigaretten, Tabak, Schokolade, Zucker, Fisch- und Wurstkonserven, Margarine usw. Jedenfalls reichten die Lebensmittel für weit mehr als einen Tag und mußten daher verzollt werden. Die Frage eines Beamten, ob sie auch Devisen bei sich führten, beantwortete der Mann dahin, daß er 30 ℳ und 10 Gulden im Besitz habe, während die Frau hierzu schwieg. Bei einer Leibesvisitation wurden dann bei dem Mann 32,40 ℳ Hartgeld, 10,3 Gulden sowie ein Schweizer Rappen und bei der Frau, geheimnisvoll versteckt, fünf Zwanzigmarkscheine gefunden. Das Ehepaar wurde hierauf festgenommen und dem Bocholter Amtsgericht zugeführt, während der Sohn im städt. Jugendheim zu Bocholt untergebracht wurde.

Gestern hatten sich nun die Eheleute vor dem Richter wegen Zollhinterziehung und Devisenvergehens zu verantworten. Die Angeklagten waren im großen und ganzen geständig. Allerdings bestritt der Mann, etwas davon gewußt zu haben, daß seine Frau noch 100 ℳ bei sich hatte, während die Frau angab, sie habe die 100 ℳ, die sie vor Jahren von einem gewissen Baumann ohne Wissen ihres Mannes geliehen habe, jetzt zurückzahlen wollen. Diese Aussage erschien dem Gericht mit Recht unglaubwürdig, zumal da der Mann angeblich berufslos ist und von seiner in Oesterreich wohnenden Mutter unterstützt werden will, mithin die Frau sich kaum 100 ℳ erspart haben kann.

Der Vertreter der Zollbehörde,

der gleichzeitig die Devisenstelle vertrat, hielt beide Angeklagten sowohl der Zollhinterziehung wie des Devisenvergehens für überführt und beantragte gegen jeden wegen der Zollhinterziehung eine Geldstrafe in Höhe von 400 ℳ oder vier Tage Gefängnis und wegen des Devisenvergehens gegen jeden zwei Wochen Gefängnis und 300 ℳ Geldstrafe oder drei Tage Gefängnis. — Außerdem wurde die Einziehung zweier Fahrräder sowie der beschlagnahmten Lebensmittel und des Geldes beantragt. Der Amtsanwalt schloß sich dem Antrag an und beantragte außerdem, die Untersuchungshaft anzurechnen.

Das Urteil lautete:

Beide Angeklagten sind der gemeinschaftlichen Zollhinterziehung und des Devisenvergehens schuldig. Beide Angeklagten werden wegen der Zollhinterziehung zu je einer Geldstrafe in Höhe von 400 ℳ oder vier Tagen Gefängnis verurteilt. Wegen des Devisenvergehens wird der Ehemann zu drei Tagen Gefängnis und 10 ℳ Geldstrafe oder einen Tag Gefängnis und die Ehefrau zu zwei Wochen Gefängnis und 200 ℳ oder zwei Tagen Gefängnis verurteilt. — Außerdem werden die Fahrräder, die beschlagnahmten Lebensmittel und das beschlagnahmte Geld eingezogen. Die Untersuchungshaft wird angerechnet.

Die Angeklagten nahmen das Urteil an.

Nach Gottes hl. Willen entschlief am Mittwoch morgen 8 Uhr mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Anton Heckers.

Er starb nach kurzer, schwerer Krankheit, vorbereitet durch ein christlich-frommes Leben, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 70 Jahren.

Um ein frommes Gebet und stille Teilnahme bitten

die trauernden Angehörigen.

Bocholt, Goch, den 15. Juli 1937.

Die Beerdigung findet statt am Samstag morgen 8,30 Uhr von der Friedhofshalle aus, anschl. das hl. Seelenamt in der Hl Kreuzkirche, wozu frdl. eingeladen wird. (4988

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, bitten wir, diese als solche betrachten zu wollen.

St. Georgius-Schützenverein.

Am Samstag abend 8,30 Uhr

Versammlung

der 1. Kompagnie

zwecks Offizierswahl und Schützenfestbesprechung.

Das Bat.-Kommando.

Hallo! Hallo!

Hier Sportverein

„Blau-Weiß" Dingden,

Wir feiern am Sonntag, dem 18. Juli, unser 4983

Sommerfest

in den Lokalitäten und Gartenanlagen des Festwirtes Klemens Schmitz, bestehend in

Konzert und Tanz.

Anfang 17 Uhr. Eintritt frei.

Samstagabend Vorstandsitzung um 20 Uhr. **Der Festausschuß.**

Ein Spitzenwerk deutscher Filmkunst

zeigt das

Capitol-Theater

von Freitag bis einschließlich Donnerstag



BURG THEATER

EIN WILLY FORST-FILM

mit dem größten deutschen Schauspieler

WERNER KRAUSS

und Hortense Raky, Willy Eichberger, Olga Tschechowa und Hans Moser.

Der Film schildert das letzte entscheidende Liebeserlebnis eines alternden großen Schauspielers, der aus dem Verzicht auf das Liebesglück die Kraft gewinnt zur reifsten Vollendung seines künstlerischen Schaffens.

Ein Meisterwerk, bei dem sich jedes anpreisende Wort erübrigt.

Im Vorprogramm:

Unser Junge will Kapitän werden und die **Ufa-Woche.**

Geöffnet: Wochentags ab 4½ Uhr, Sonntags ab 2 Uhr. Letzte Abendvorstellung täglich 8½ Uhr. (4982

Fahre am **Freitag, dem 23. und Sonntag, dem 25. Juli** zur

Heiligtumsfahrt nach Aachen.

Anmeldungen erbitte rechtzeitig.

Weitere Auskunft erteilt der

Omnibusreisedienst Egon Pack

Westend 48. Ruf 2513

Schöne, moderne

Basttaschen

in allen Preislagen. 5007

Temming & Heilborn

Bocholt Nordstraße 27

Erfrischungen!

Zitronenmost gar. rein, flockenfrei	½ kg	**0.60**
Orangeade feinste Qualität	½ kg	**0.60**
Himbeersyrup hochf. Qual. 65 % Raff.	½ kg	**0.75**
Eispulver Schokolade und Vanille	Pak.	**0.50**

Drogerie Maass

Osterstraße 25. Ruf 3328.

✝

Das Jahresseelenamt

für den verstorbenen

Herrn Franz Borgers

findet statt am Samstag um 8½ Uhr in der St. Georgskirche, wozu freundl. eingeladen wird. (4990

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hnscheiden meiner lieben, unvergeßlichen Tochter und meiner herzensguten Schwester sagen wir allen Verwandten und Bekannten, besonders der Nachbarschaft, unsern

tiefgefühlten Dank.

Wwe. Josef Ostendarp
Gerhard Ostendarp

Für warme Tage!



Turnschuhe
Riemensandalen,
Hausschuhe in Filz und Leder. mit eingebautem Absatz.

Schlappen mit Leder- und Gummisohlen. Alles in verschiedenen Preislagen.

Schuhhaus Wendholt

Nordstraße. 5006

Haben Sie offene Füße?

Schmerzen? Jucken? Stechen? Brennen?

Dann gebrauchen Sie die seit Jahrzehnten vorzüglich bewährte, schmerzstillende

Heilsalbe „Gentarin". Erhältlich in allen Apotheken. Bes[illegible] Arens' Marien-Apotheke.

Inserieren bringt Gewinn!



Hübsches Foto, nicht wahr? Entwickeln lassen wir prinzipiell nur bei

Photo Maass, Osterstr. 25

Photosachen laß Maass machen!

Knoblauch-Beeren „Immer Junger"

enthalten den seit über 1000 Jahren bekannten echten bulgar. Knoblauch in konzentr., leicht verdaulicher Form.

Bewährt bei:

Arterienverkalkung

hohem Blutdruck, Magen-, Darmstörungen, Alterserscheinungen, Stoffwechselbeschwerden, Geschmack- u. geruchlos.

Monatspackung 1.- M. Zu haben: Drogerie Maaß, Osterstr. 25

Eure Heimatzeitung:

Das Volksblatt!

Sprechstundenhilfe

(Empfangsfräulein)

gesucht.

Angebote mit Bildungsgang und Zeugnisabschriften unt. Nr. J 5579 an das Volksblatt erbet.

Tüchtige 5004

Putzer

gesucht.

A. B. Hülskamp, Baugeschäft, Bahnhofstr.

Familiendrucksachen

schnell und billig bei

J. & A. Temming

Fußbodenpolitur

Liter 1.— RM.

zur Erzielung eines spiegelblanken Fußbodens. Macht nicht glatt, aber blank, wodurch die Gefahr des Fallens behoben ist

Drogerie Feldmann, Neustraße

Ecke Horst-Wessel-Platz

Mistel-Tropfen

das Vorbeugungsmittel gegen **Leber- u. Gallenleiden Zuckerkrankheit sowie gegen Arterienverkalkung und Alterserscheinungen**

Erhältlich in der (3996

Drogerie Voss, Osterstr.

Sommersprossen

werden schnell beseitigt durch **„Venus"** 1936 präm. mit gold. Medaill. London u. Antwerpen. Jetzt auch B. extra verst. in Tuben 1.95. Gegen Pickel. Mitesser Venus Stärke A. Beschleunigte Wirkung durch Venus-Gesichtswasser 0.80, 1.35, 2.20.

Drogerie Feldmann, Neustraße
Drogerie Maaß, Osterstr. 25
Drogerie Bruns, Nordstr. 22

Die kleine Volksblatt-Anzeige

zum Wortpreise, erscheint nur Mittwochs und Freitags.

Wortpreise: Das Ueberschriftswort 25 Pfg., jedes Textwort 5 Pfg., Angebots- oder Auskunftsgebühr 25 Pfg. Wörter mit mehr als fünfzehn Buchstaben gelten als zwei Wörter.

Stellenangebote

Bäcker- und **Konditorgehilfe** der in beiden Fächern Gutes leistet, besonders in der Herstellung von Brötchen, sofort gesucht. Stelle auch einen Lehrling ein. Schriftl. Angebote m. Altersangabe u. Gehaltsanspr. an Konditorei und Café Peter Höver, Bocholt i. W.

Einige **Arbeiter** od. Arbeiterinnen zum Rosenbinden gesucht. Näher. Volksbl.

Kräftiger **Junge** der Montags z. Schule muß, zum Wäschefahren sofort gesucht. Näh. Volksbl.

Für sofort wird ein fleißiger **Junge** von 16—17 J., für die Landwirtschaft ges. Auskunft beim Volksbl. in Bocholt u. Rhede.

Aelteres **Fräulein** von 30—45 J., für Haushalt auf dem Lande gesucht. Selbig. muß kinderlieb sein. Schriftl. Angebote unter Nr. E. 5575 an das Volksblatt erb.

Alleinmädchen für Etagenhaushalt mit 2 Kindern nach Essen gesucht. Näheres: Schwartzstr. 13.

Tücht., sauber. **Mädchen** für kl. Haushalt gesucht. Näher. Volksbl.

Sauberes **Mädchen** für 2 Tage in der Woche, ges. Näher. Volksbl.

Suche f. sofort **Mädchen** oder Junge, von 14—16 J., am liebsten vom Lande. Näh. Volksbl.

Aus. in Haushaltungen und Betrieben der Landwirtschaft sind **Einstellungen** von Arbeitern u. Angestellten unt. 25 Jahren nur mit vorheriger Zustimmung des Arbeitsamtes zulässig.

Suche für Beamtenhaushalt nach Borken junges, kinderliebes **Mädchen** Näheres: Königstraße 4, Telefon 3392.

Suche f. sofort ein junges Halbtags-**Mädchen** Auskunft beim Volksbl. in Bocholt u. Rhede.

Schulentlassenes **Mädchen** für häusliche Arbeiten nachm. gesucht. Auskunft in d. G.-St. in Bocholt u. Rhede.

Hausmädchen für ganze und halbe Tage finden Sie immer durch eine Klein-Anzeige in der in den ländlichen Gegenden stark verbreiteten Heimatzeitnug

Stellengesuche

Suche Arbeit als **Tagelöhner** Näh. Volksbl.

Junge, saubere Frau sucht **Putzstelle** Näher. Volksbl.

Kath. **Mädchen** vom Lande, 27 Jahre alt, sucht Stelle für Küche u. Hausarbeit, in der Nähe v. Bocholt Näher. Volksbl.

Mietgesuche

Junges Ehepaar sucht 2—3-Zimmer-**Wohnung** zum 1. Septbr. Näher. Volksbl.

Junges Ehepaar sucht sofort od. spät. 2—3-Zimmer-**Wohnung** zu mieten. Schriftl. Angebote unter Nr. A. 5581 an das Volksblatt erb.

Junges Ehepaar sucht 2-Zimmer-**Wohnung** Adressen an das Volksblatt erb.

Gut möbliertes **Zimmer** mit Morgenkaffee, von jungem Herrn zu mieten ges. Schriftl. Offerten unter Nr. H. 5578 an das Volksblatt erb.

Junges Ehepaar sucht 2-Zimmer-**Wohnung** Näh. Volksbl.

Herr sucht zum 1. August gut möbliertes **Zimmer** Schriftl. Angebote unter Nr. D. 5574 an das Volksblatt erb.

Junges Ehepaar sucht zum 1. Aug. sauber. **Zimmer** mit Küche zu mieten. Adressen an das Volksblatt erb.

Von Dauer wird das Mietverhältnis sein wenn Wohnung u. möbl. Zimmer vor allem in unserer maßgebenden Familienzeitung angebot. werden, die namentlich überall in den soliden Arbeitnehmerschichten gelesen wird. Die allgemeine weite Verbreitung unserer Tageszeitung macht sie ganz besond. für derartige und alle anderen kleinen Gelegenheitsanzeigen, die besond. mäßig berechnet werde sehr geeignet.

Vermietungen

3-Zimmer-**Wohnung** an ruhigen, sicheren Mietzahler zum 1. August zu vermieten. Näher. Volksbl.

Die von Herrn Rechtsanwalt Dr. Veelken benutzten **Büroräume** (2—3 Zimmer) sind zum 1. 10. zu vermieten. Alons Mayland, Neustraße 15.

100 qm. **Raum** als Lager, auch für Geschäft, billig abzugeben. Näh. Volksbl.

Kaufangebote

Baugrundstück Bau- an der Herm.-Löns-Straße zu verkaufen. Näh. Volksbl.

Zwei gut erh. **Bettstellen** (Nußbaum) mit Matratzen, billig zu verkf. Ravardistr. 24.

Kinderbettstelle (Draht) Kinderstühlchen Sportwagen kl. Handwagen zu verkaufen. Näher. Volksbl.

Gut erhaltener **Kinderwagen** für 12 Mk. zu verkaufen. Näher. Volksbl.

Gut erhaltener **Kinderwagen** u. Kinderstühlch. zu verkaufen. Näh. Volksbl.

Fast neuer, weißer **Kinderwagen** zu verkaufen. Näher. Volksbl.

Mehrere **Milchschafe** zu verkaufen. Näheres: Dinxperloer Straße 55 d.

Schwarzbuntes **Stierkalb** eingetr. Abstg., zu verkaufen. Aug. Willing, Liedern.

Mehrere junge **Schweine** 5—6 Woch. alt, daselbst Speise-**Kartoffeln** zu verkaufen. Heinrich Hemmelberg. Mussum 8.

Wachsamer **Kettenhund** abzugeben. Näh. Volksbl.

4 Monate altes **Hengstfohlen** Wwe. Herm. Nienhaus, Biemenhorst 5.

Jg., wachsamer **Schäferhund** zu verkaufen. Stenerner Straße 69. Humboldt-Platz 10.

Gut erhaltener **Eisschrank** normale Größe billig zu verkf. Näher. Volksbl.

Vampyr **Staubsauger** und Radiotisch billig zu verk. Näher. Volksbl.

Halbreiniger-**Dreschmaschine** zu verkaufen. Näheres: Th. Markett, Mussum 66.

Gebrauchtes **Paddelboot** kompl., wegen Platzmangel billig zu verkf. Schanze 31.

Wohlhabende Käufer für Grundstücke, Häuser, Fabriken Wert- und sonst. objekt. vermittelt die **Klein-Anzeige** Sehr günstige Aufnahmegebühren, denn Klein-Anzeigen veröffentlichen wir immer sehr billig!

Große **Puppe** mit Bett, 75 cm., Tula-Armband-**Uhrchen** zu verkaufen. Stenerner Straße 69.

Ein gut erhaltenes, steuerfr. **Motorrad** und ein fast neuer Elektromotor 5½ PS., billig abzugeben. Näh. Volksbl.

Gut erhaltener **Schuppen** zu verkaufen. Knuffstraße 31.

Gut erhaltener, engspuriger **Ackerwagen** mit Kasten, abzugeben. Lbt. Schafeld, Dingden-Lankern.

Auf der Krechtinger Landstr. eine Herrenuhr mit Kette **gefunden.** Volksblatt erb.

Kinderweste von Hemden nach Bocholt verloren. Geg. Belohn. abzug. Ostwall 58.

Für eine Kuh wird **Weidegang** gesucht. Adressen an das Volksblatt erb.

Schwarzer Riesenschnauzer-Hund **entlaufen.** Wiederbringer erhält Belohn. H. Brömmling, Liedern 43.

Personal, Tausch Kauf- u. Verkaufgeschäfte nur mit der kleinen Anzeige! Sie ist flink billig u. besorgt alles!

Verschiedenes

Knaben-**Janker** mittelgrau, mit dunkelgrünen Aufschlägen, vorige Woche abhanden gekommen Gegen Belohnung in der G.-St. ds. Bl. abzugeben.

---

50 + 50 = 90 Pfg.
80 + 80 = 1.44 RM.

oder

50 + 50 + 50 = 1.27 RM.
80 + 80 + 80 = 2.04 RM.

Mit diesen Beispielen zeigen wir Ihnen, um wieviel Ihre „Kleine V-Anzeige" billiger wird, wenn Sie sie mehrmals aufgeben. Wir gewähren bei 2maliger Aufnahme und gleichbleibenden Text 10 %, bei 3maliger Aufnahme 15 % Rabatt auf die an sich schon sehr herabgesetzten Wortpreise.

Wir glauben auch hiermit unseren Lesern einen guten Dienst zu erweisen u. bitten, auch weiterhin

„Die Kleine"

für alle privaten Angelegenheiten heranzuziehen.

Sie erscheint jetzt jede Woche Mittwochs und Freitags.